Investments der Waffenindustrie in den US-Kongress

Jessica Corbett

Die jährlichen Wahlkampfspenden des militärisch-industriellen Komplexes in Höhe von mehr als 10 Millionen Dollar belohnen und ermutigen den Kongress, dem Pentagon Geld zuzuschaufeln, stellt die Interessengruppe Public Citizen fest.

Militärische Auftragnehmer geben Mitgliedern des Kongresses Millionen von Dollar in der Hoffnung, dass die Abgeordneten und Senatoren den Haushalt des Pentagon erhöhen – eine Praxis, die sich im nächsten Haushaltsjahr enorm auszahlen könnte.

Aus dem neuen Bericht geht hervor, dass die Industrie 2022 etwa 10,2 Millionen Dollar in Wahlkampf- und PAC-Beiträge (Political Action Committee) für Mitglieder wichtiger Ausschüsse gesteckt hat, und die Auftragnehmer könnten eine Rendite von fast 450.000 Prozent auf diese Investition erzielen.

Der Sektor spendete knapp 3 Millionen an die Mitglieder des Ausschusses für die Streitkräfte des Repräsentantenhauses und 7,2 Millionen Dollar an die Mitglieder des Ausschusses für die Streitkräfte des Senats, insgesamt also rund 10 Millionen Dollar in diesem Wahlzyklus.

Präsident Joe Biden beantragte für das Haushaltsjahr 2023 einen Pentagon-Haushalt von 813 Milliarden Dollar. Der Ausschuss des Repräsentantenhauses stimmte im Juni für eine Aufstockung um rund 37 Mrd. Dollar, während der Senat für eine Erhöhung um 45 Mrd. Dollar in Bezug auf den Antrag des Weißen Hauses stimmte.

Wie der Bericht von Public Citizen – der sich auf Daten zur Wahlkampffinanzierung von OpenSecrets.org stützt – erklärt:

Bemerkenswert ist, dass die durchschnittliche Wahlkampfspende des militärischindustriellen Komplexes an ein Mitglied des Streitkräfteausschusses des Repräsentantenhauses oder des Senats, das mit "Ja" für die Erhöhung der Militärausgaben für das Geschäftsjahr 2023 gestimmt hat, mehr als dreimal so hoch ist wie die durchschnittliche Wahlkampfspende des militärisch-industriellen Komplexes an diejenigen, die mit "Nein" gestimmt haben. Die Befürworter erhielten durchschnittliche Beiträge von 151.722 Dollar. Diejenigen, die mit "Nein" gestimmt haben, erhielten durchschnittliche Spenden von 42.967 Dollar.

Top-Empfänger im Repräsentantenhaus:

- Mike Rogers (R-Ala.) mit 404.525 Dollar;
- Rob Wittman (R-Va.) mit 237.799 Dollar;
- Mike Turner (R-Ohio) mit 150.950 Dollar;
- Joe Courtney (D-Conn.) mit 131.000 Dollar;

und Elaine Luria (D-Va.) mit 127.743 Dollar.

Rogers ist der führende Republikaner in diesem Gremium.

Auf der Senatsseite waren die Top-Empfänger der letzten sechs Jahre, die im letzten Monat die Budget-Erhöhung unterstützten, die Senatoren

- Jim Inhofe (R-Okla.) mit 874.876 Dollar;
- Jack Reed (D-R.I.) mit 822.757 Dollar;
- Tim Kaine (D-Va.) mit 616.152 Dollar;
- Jeanne Shaheen (D-N.H.) mit 467.032 Dollar;
- und Roger Wicker (R-Miss.) mit 409.842 Dollar.

Inhofe und Reed sind jeweils das ranghöchste Mitglied und der Vorsitzende des Ausschusses.

"Die Wahlkampfausgaben des militärisch-industriellen Komplexes geben den Kriegsprofiteuren einen übergroßen Einfluss auf die Abstimmung über die Finanzierung des Pentagons", sagte die Mitverfasserin des Berichts, Savannah Wooten, Koordinatorin der Kampagne *People Over Pentagon* bei Public Citizen, in einer Erklärung. "Es schafft einen sich selbst erfüllenden jährlichen Zyklus, in dem Geld von der Industrie Geld für die Industrie erzeugt", sagte sie. "Anstatt Überstunden zu machen, um die Profite der Rüstungsunternehmen zu sichern, sollte der Kongress den wahren, dringenden menschlichen Bedürfnissen der Menschen im Alltag Priorität einräumen."

Der Bericht stellt fest, dass "der militärisch-industrielle Komplex eine mächtige politische Einflussmaschine unterhält, die weit über die Wahlkampfausgaben hinausgeht, und es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die Befürworter von höheren Pentagon-Ausgaben an das glauben, was sie tun".

"Aber es sollte auch niemand daran zweifeln, dass die Wahlkampfspenden des militärisch-industriellen Komplexes den Kongress sowohl belohnen als auch ermutigen, dem Pentagon Geld zuzuschaufeln – selbst wenn auf diese Weise viele menschliche Bedürfnisse und nicht-militärische Sicherheitsinteressen (wie die Bekämpfung von Pandemien oder Klimachaos) hoffnungslos unterfinanziert bleiben", heißt es in dem Dokument weiter.

Während Bundespolitiker, die Hunderttausende von Industriegeldern erhalten, daran arbeiten, dem Pentagon mehr Steuergelder zukommen zu lassen, kämpfen einige Progressive im Kongress dafür, dessen Budget zu kürzen und in diese unterfinanzierten Interessen zu investieren.

Die Abgeordneten Barbara Lee (D-Calif.) und Mark Pocan (D-Wis.), Ko-Vorsitzende des *Defense Spending Reduction Caucus* (Gremium zur Reduktion der Verteidigungsausgaben), haben diese Woche Änderungen zum National Defense Authorization Act für das Fiskaljahr 2023 eingebracht, die den Versuch des Repräsentantenhauses rückgängig machen würden, 37 Milliarden Dollar zu Bidens Pentagon-Antrag hinzuzufügen und die US-Militärausgaben um 100 Milliarden Dollar zu kürzen.

"Viel zu lange hat dieses Land den Profit über die Menschen gestellt", sagte Lee. "Es ist an der Zeit, dass wir unsere Prioritäten neu ausrichten, um die dringenden Bedürfnisse der Gemeinden in diesem Land zu berücksichtigen, die sich von einer Pandemie, anhaltender wirtschaftlicher Unsicher-

heit und einer internationalen Energiekrise erholen – nichts davon wird durch höhere Militärausgaben gelöst werden."	
Korruptokratie in Zahlen Seite 3	